

Empörung über unbrauchbare Inzidenz-Erhebung in Bayern

Stand: 06.12.2021 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Tim Röhn**



Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (l., CSU) und Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU): ungenaue Inzidenz-Messung im Freistaat

Quelle: picture alliance/dpa

In Bayern und Hamburg werden Corona-Fälle, bei denen der Impfstatus unbekannt ist, als Ungeimpfte eingestuft – das Ergebnis: unbrauchbare Inzidenzen. Die Opposition ist empört, die Verantwortlichen halten die verfügbaren Daten unter Verschluss. Die FDP will eine neue Impfpflicht-Debatte.

Um zehn Uhr am Montagmorgen nahmen der bayerische FDP-Fraktionschef Martin Hagen und sein Parteikollege Matthias Fischbach in Raum 211 des Landtags Platz – und begannen gleich, ihren Unmut kund zu tun.

Die beiden hatten kurzfristig ein neues Thema auf die Agenda der wöchentlichen Pressekonferenz der FDP-Landtagsfraktion gesetzt, zu der sie jeweils am Montagmorgen einladen. Anlass für den zusätzlichen Punkt auf der Tagesordnung war eine WELT-Berichterstattung vom Wochenende. Die Recherche hatte ergeben: Die Inzidenzen, die Bayern getrennt für Geimpfte und Ungeimpfte ausweist, beruhen auf unbrauchbaren Zahlen.

Jene Infizierten, bei denen der Impfstatus unklar ist, werden demnach den Ungeimpften zugeschlagen.

Dass dies die Gemüter gerade bei der bayerischen FDP erhitzt, liegt auch daran: Fraktionschef Hagen selbst hatte jene Werte, um die es geht, kürzlich bei einer Rede im Landtag verwendet. Er hatte sich auf die Veröffentlichungen des zuständigen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) verlassen – offenbar ein Fehler, wie er jetzt sagte.

Die FDP fordere „lückenlose Aufklärung“, erklärte Hagen jetzt. Und weiter: „Hier sind nun Ministerpräsident Söder und Gesundheitsminister Holetschek gefordert, die Kleinrede-Taktik funktioniert nicht. Wer war informiert? Was wusste die Staatskanzlei? Darauf wollen wir Antworten.“

Söder warnte bei Twitter

Hintergrund der Debatte, die sich nun entspannt, ist dieser: In Bayern wird, anders als in anderen Bundesländern, die Sieben-Tage-Inzidenz für Ungeimpfte und Geimpfte getrennt ausgewiesen. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ([/themen/markus-soeder/](#)) nutzte diese Zahlen in den vergangenen Wochen, um darzustellen, wie sehr sich die Ansteckungsraten mit dem Coronavirus bei Geimpften und Ungeimpften voneinander unterscheiden.

Mitte November schrieb er bei Twitter, die Infektionen bei Ungeimpften nähmen dramatisch zu. „Es gibt einen direkten Zusammenhang von niedrigen Impfquoten und hohen Infektionsraten“, schrieb Söder in seinem Tweet (https://twitter.com/Markus_Soeder/status/1461362183636279309). Dazu stellte er eine Grafik, laut der die Sieben-Tage-Inzidenz bei Geimpften bei gerade mal 110 lag – jene der Ungeimpften aber bei 1469.

WELT fragte daraufhin Ende November beim LGL nach, bei wie vielen jener erfassten Corona-Neuinfektionen, die in die Berechnung einflossen, der Impfstatus bekannt sei und bei wie vielen unbekannt. Die Pressestelle des LGL benötigte eine Woche für die Antwort. Dann schrieb ein Mitarbeiter: „Mit Datenstand 24.11.2021, 8 Uhr wurden für die vorhergehenden 7 Tage 72.141 Fälle mit Impfstatus ‚nicht geimpft‘ bzw. ‚unbekannt‘ übermittelt. Davon war bei 57.489 Fällen der Impfstatus ‚unbekannt‘. Mit Datenstand

24.11.2021, 8 Uhr, wurden für die vorhergehenden 7 Tage 9.641 Fälle mit vollständigem Impfschutz gemeldet.“

Im Klartext: Bei 70 Prozent der Fälle lagen der Behörde keine Informationen zum Impfstatus vor. Auch nach der Veröffentlichung verfährt das bayerische Amt weiter nach diesem Verfahren – und kommt in seiner aktuellen Zahlenerhebung zu diesem Ergebnis: Die Inzidenz der Geimpften liege bei 100, die der Ungeimpften beim 16-fachen davon.

Nach der ersten Berichterstattung über die ungenaue Erhebung der Daten – in der die bayerische FDP-Landtagsfraktion bereits erstmals Aufklärung verlangt hatte – meldete sich am Sonntag LGL-Präsident Walter Jonas in einer Pressemitteilung zu Wort (<https://www.lgl.bayern.de/presse/pressemitteilungen/detailansicht.htm?ID=A%2Bs3RgSTi2TUWpE4rXjP1Q%3D%3D>). Er teilte darin mit: Der Vorwurf, Daten nicht korrekt zu veröffentlichen, sei „absolut abwegig“. Jonas weiter: „Wir haben uns entschieden, die Fälle ohne Angaben zum Impfstatus zunächst zu den Ungeimpften zu zählen.“

Diese Vorgehensweise verwundert angesichts dessen, dass in Bayern mehr als die Hälfte der Menschen geimpft ist. Demnach wäre es logischer, jene Fälle mit unbekanntem Impfstatus den Geimpften zuzuordnen. Zu Fragen nach dem Vorgehen verwies die Staatskanzlei von Ministerpräsident Söder auf die Zuständigkeit des LGL. Man selbst habe auf die Datenerhebung dieser Behörde keinen Einfluss.

Ein Sprecher von Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) äußerte sich am Wochenende ähnlich. Zudem schrieb er bei Twitter (<https://twitter.com/klausholetschek/status/1467465863511040005>), LGL-Chef Jonas habe „alles Notwendige“ gesagt. Die Botschaft: Es gibt hier nichts zu sehen. Die FDP im Landtag dagegen bezweifelte am Montag, dass das Vorgehen der Behörde korrekt sei. „Wir haben große Zweifel an den Aussagen von Herrn Jonas“, sagte Fraktionschef Hagen.

Die Behörde antwortet nicht auf Nachfragen

In seiner Pressemitteilung vom Wochenende hatte Behördenchef Jonas das Vorgehen auch damit rechtfertigt: Es habe sich herausgestellt, dass jene Fälle mit unklarem Impfstatus, die den Ungeimpften zugeschlagen wurden, „nach später vorliegenden Daten in der weit überwiegenden Anzahl der Fälle ungeimpft waren.“

Stimmt diese Aussage, müsste die Behörde nun im Rückblick Auskunft darüber geben können, wie hoch die Inzidenzen der Geimpften und Ungeimpften in den vergangenen Wochen tatsächlich waren – oder man sich im Nachhinein korrigieren müsste. Am Sonntagnachmittag fragte WELT nach und bat um die konkreten Werte, von denen der Behördenchef in seiner Pressemitteilung angegeben hatte, sie zu kennen. Bislang antwortete das LGL darauf jedoch nicht – und auch nicht auf die Fragen, seit wann es die Inzidenzen für Geimpfte und für Ungeimpfte getrennt ausweist, wie viele Positivfälle seitdem in die Statistik einflossen und bei wie vielen Fällen davon der Impfstatus unbekannt war. Auch bei einem kurzfristig anberaumten Treffen von Holetschek und Jonas mit ausgewählten Medienvertretern am Montagnachmittag, über das WELT vorab nicht informiert worden war, wurden die Zahlen nicht genannt. Der Minister behauptete laut „SZ“ bei diesem Auftritt, die Erfahrungen würden zeigen, dass die Zählmethode „sehr nah an den tatsächlichen Daten“ sei.

Dass Fälle ohne Impfstatus zu den Ungeimpften gezählt werden, ist kein Einzelfall. Auch in Hamburg geht die Sozialbehörde so vor, wie ein Sprecher WELT bestätigte. Auf die Bitte nach Auskunft, inwiefern sich diese Vorgehensweise im Nachhinein als korrekt herausstellte, hieß es: Man prüfe „gegenwärtig die Datenerhebung und Datenlage“, könne „aber in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine Zahlen nennen“.

Senatssprecher Marcel Schweitzer erklärte am Wochenende, bei der Fall-Kategorisierung bundesweit würde ebenso vorgegangen wie in Hamburg. Das ist jedoch nicht korrekt. Länder, die Fälle mit unbekanntem Impfstatus aus der Statistik herausstreichen, kommen zu ganz anderen Werten. Dies gilt etwa für Schleswig-Holstein: Dort lag die Inzidenz zuletzt bei 68,5 bei den Geimpften und 175,1 bei Ungeimpften.

Forderung nach neuer Diskussion über Impfpflicht

Weder dort, noch in Bayern wird allerdings bei der Erhebung ein anderer wichtiger Faktor berücksichtigt: welche Gruppe wie oft getestet wird. Andere Länder verfügen über eine bessere Datenbasis: In Großbritannien etwa, das einen großen Datenbestand hat, sind die Inzidenzen je nach Altersgruppe teils bei den Ungeimpften höher, teils aber auch bei den Geimpften.

Was Daten hier wie dort jedoch zeigen, ist: Impfungen schützen gut vor schweren Verläufen. Und so warb auch der bayerische FDP-Politiker Hagen im Rahmen der Pressekonferenz erneut dafür, sich impfen zu lassen. Er erklärte aber, man müsse angesichts der Berichterstattung bezüglich der bayerischen Inzidenzen noch einmal über das Thema Impfpflicht debattieren. „Wenn wir jetzt feststellen, dass der Unterschied in Sachen Infektionsrisiko zwischen Geimpften und Ungeimpften nicht annähernd so hoch ist, wie uns Markus Söder hat glauben lassen, dann müssen wir die Diskussion führen, ob eine Impfpflicht ab 18 wirklich Sinn macht.“ Angesichts der „untauglichen Zahlen“ sei es nun noch schwieriger, eine altersunabhängige Impfpflicht durchzusetzen.

Auch die Bayern-SPD fordert Antworten von der Staatsregierung. Sie will bis Donnerstag wissen, wie die Zahlen zustande kamen und wer die Inzidenz-Grafiken, die Söder auf Twitter verbreitete, angefertigt hat. Der bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn sagte WELT, Impfen sei wichtig und rette Menschenleben. „Aber man überzeugt die Menschen nicht durch Falschaussagen vom Impfen.“ Was ihn besonders ärgerte: „Ein Statistiker hat unter dem Tweet von Markus Söder noch am 18. November, also am selben Tag, auf den Fehler hingewiesen. Weder die Staatsregierung noch das LGL haben das korrigiert. War das gezielte Irreführung der Öffentlichkeit?“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/235499614>